

Evangelische Verantwortung

Beteiligungsoffene Gemeindekirche

Roland Hoffmann

Zur Herbsttagung unserer Landessynode im Jahr 1999 hat die Arbeitsgruppe „Zukünftige Gestalt unserer Kirche“ ihren Abschlußbericht unter der Überschrift „Beteiligungsoffene Gemeindekirche“ vorgelegt. Er umfasst zwei Teile: eine theologische Grundlegung „Ihr sollt meine Zeugen sein!“ (Apg 1,8) – Die für ihren Herrn aufmerksame Kirche – und einen Praxisteil, in dem die Handlungsfelder auf dem Weg zu einer beteiligungsoffenen Gemeindekirche beschrieben werden.

Dieser Bericht war und ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der geistlichen Konsolidierung unserer Landeskirche. Nachdem in den Jahren 1997 ff. vor allem die finanzielle Konsolidierung mit einem Bündel einschneidender Strukturveränderungen (Kürzungen auf allen Ebenen, Budgetierung der Arbeitsbereiche) umgesetzt werden musste, wurde mit diesem Bericht geistliche Arbeit in den Mittelpunkt gerückt. Die Synodalen haben beschlossen, ihn mit einer Handreichung zur praktischen Umsetzung in die Gemeinden/Gemeindekirchenräte, Konvente, Kreissynoden, Werke und Einrichtungen unserer Landeskirche zu geben.

Altes und neues Leitbild

Der Leitbildbegriff „Beteiligungsoffene Gemeindekirche“ ist nicht neu. Schon



Landesbischof Roland Hoffmann:
„Wir können und müssen strukturell vieles regeln. Aber der Herr gibt allein, dass Kirche wächst und Früchte bringt.“

das Arbeitspapier „Kirche mit Hoffnung. Leitlinien künftiger kirchlicher Arbeit in Ostdeutschland“ (1998) spricht von **Beteiligungskirche**. Auch inhaltlich ist weder die Gemeindekirche noch die Beteiligungsoffenheit etwas neues. Aber dieser Leitbild-Begriff bringt uns endgültig weg von der Betreuungsstruktur.

Von ihrer Geschichte und Tradition her ist unsere Landeskirche pastoral zentriert, d.h. das Gemeindeleben auf den Pfarrer hin ausgerichtet bzw. vom Pfar-

rer her initiiert. Das (falsch verstandene) **neutestamentliche Leitbild von Hirte und Herde** wirkt noch fort. Aber längst hat auch eine Entwicklung begonnen, die davon wegführt und deren Ziel die „Beteiligungsoffene Gemeindekirche“ ist.

Einen Anstoß dafür gaben zunächst einmal die **veränderten äußeren Arbeitsbedingungen** für unsere Pfarrer/Pastorinnen nach der **Strukturreform**. Die Kirchspiele sind seitdem größer geworden und machen es weithin unmöglich, in der bisherigen Betreuungsstruktur weiter zu arbeiten. Für die Gemeinden bedeutet das, ihre eigenen Erwartungen an Pastorin/Pfarrer und Mitarbeiter/in zu überprüfen und zu verändern.

Teamarbeit aller Gemeindeglieder

Beteiligungsoffene Gemeindekirche will eine Kirche sein, die bewusst aus der **Gabenvielfalt des Leibes Christi** lebt. Alle Gaben, die eine Kirchengemeinde nötig hat, sind der Gesamtgemeinde verheißen, nie dem Pfarrer allein. Alle Gemeindeglieder sind – weil von Gott begeben – aufgerufen, sich an der pastora-

Themen:

Initiative e.V.	4
Soziale Marktwirtschaft	6
Kirchliche Wiedereintrittsstellen	8
Evangelische Schule	10

len Arbeit zu beteiligen, ihre eigenen Gaben und Fähigkeiten zu entdecken und sie in das Gemeindeleben einzubringen. So wird eine **Teamarbeit** entstehen, die sich in der Region vollzieht. Die Gaben des anderen werden gesucht, anerkannt und angenommen. Die Dienste werden in der Gemeinde verteilt. **Ehrenamtliche** werden – auch auf Zeit – zu den verschiedensten Diensten in Gottesdiensten eingesetzt und im Gemeindeblatt benannt. Zuständigkeiten werden eingehalten und beachtet.

Wandel pastoraler Arbeit

Beteiligungsoffene Gemeindekirche erwartet eine andere Art pastoraler Arbeit. Daran haben alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen in der Gemeinde Anteil. Für Pastorinnen und Pfarrer wird Gemeindeleitung dann vor allem darin bestehen, für die verschiedensten Aufgaben und Dienste in der Kirchengemeinde begabte bzw. befähigte Gemeindeglieder zu suchen und zu beauftragen.

Mit Betreuungsaugen sucht der Pfarrer immer nur, was der andere braucht, was er nötig hat, was der Pfarrer besorgen und dem anderen geben müsste. Aus dem Blickwinkel der Gaben gesehen könnte der Pfarrer immerzu unterwegs sein und sehen: Was hat der andere an besonderen Gaben? Was könnte er in die Gemeinschaft einbringen? Wo wäre er zu seiner eigenen Freude an der richtigen Stelle einzusetzen? Wie könnte ich ihn bewegen, das zu tun, was er so wunderbar kann? Wer das will, muss freilich den **Ehrenamtlichen Erfolgserlebnisse verschaffen** und sie ihnen dann auch überlassen.

Beides, Gabensuche und gabenorientierter Einsatz sind ein geistlicher Vorgang und geschehen mit Gebet und auch durch die Einsegnung zu bestimmten Aufgaben im Gottesdienst vor der Gemeinde. Denn es geht nicht ohne eine geistliche Verbindlichkeit und gegenseitige Verlässlichkeit, auch wenn sie nur für einen bestimmten Zeitraum gilt.

Je mehr wir „Beteiligungsoffene Gemeindekirche“ sind, desto mehr wird sich das Verhältnis von Kirchenleitung und Gemeinden, das Verhältnis der Äm-

ter und Dienste zueinander verändern. Die Pastorin/der Pfarrer ist in seiner vielfältigen Kompetenz auch weiterhin nötig, aber er wird seine Zeit und Kraft viel mehr als bisher für die Anleitung und Begleitung der Ehrenamtlichen einsetzen müssen. Dazu bedarf es vieler Ideen.

Diskussionsprozess mit dem Ziel einer Übereinkunft zur Beteiligungskirche

Auch die Diskussion innerhalb einer Kirchengemeinde über ihr spezielles Leitbild ist ein wichtiger Schritt dorthin. Unsere Herbstsynode 2000 hat den Gemeinden als Arbeitsgrundlage dafür einen „Leitfaden zu einer Übereinkunft zur Gestaltung der Dienste in einem Kirchspiel“ empfohlen. Dieser Leitfaden ist eine Anleitung für Pastorinnen/Pfarrer und Gemeindekirchenräte für eine Leitbild- bzw. Zieldiskussion. Dabei wird auch eine schriftlich festzuhaltende Übereinkunft erarbeitet und das Gespräch über ein Miteinander der Gaben in der Gemeinde angesichts nicht mehr abzudeckender Dienste und Aufgaben verbindlich in Gang bringt.

Eine Betreuungskirche braucht kein Leitbild, die Beteiligungskirche hat es nötig.

Um es zu erarbeiten, sind verschiedene Schritte im Gesprächsprozess zu gehen. Antworten auf Fragen wie: Woher kommen wir? Welche Traditionen gibt es in der Kirchengemeinde? Wo stehen wir heute und wie lautet unser biblischer Auftrag? müssen gefunden und festgehalten werden. In einem weiteren Schritt wird gefragt: Was ist möglich und wie setzen wir um, was wir in unserem Leitbild beschrieben haben? Und vor allem: **Wer macht was?**

Das Leitbild bedeutet eine Konzentration. Wie der Einzelne seine Kräfte bündelt und begrenzt, d.h. beschränkt auf diese und jene Aufgabe, so konzentriert das Leitbild einer Gemeinde ihre Kräfte. Diese Konzentration entlastet von einer Fülle von Aufgaben und befreit von dem schlechten Gewissen, nie alles gleichzeitig bewältigen zu können. Aber das Profil wird klar und der Rahmen für die Gemeindeglieder überschaubar.

Fazit: Der Weg zur beteiligungsoffenen Gemeindekirche ist das Strukturprinzip für die Aufgabe, missionarische Kirche zu sein. Das Kirchenbild vom Hirten und der Herde behält seine Gültigkeit, aber der Schwerpunkt verlagert sich auf das **Kirchenbild vom Leib und den Gliedern und den unterschiedlichen Geistesgaben**.

Die Mühen des Weges lohnen sich. Gerade in der pluralistischen Gesellschaft hat es einen Wert, wenn auch das Gemeindeleben bunt und vielfältig gestaltet wird. Dies geschieht am besten durch viele, die ihre Gaben und Fähigkeiten zusammenlegen. Dadurch potenziert sich die Ausstrahl- und Anziehungskraft.

Zu unserer Herbstsynode 2000 hatte ich den Leitbildbegriff „Beteiligungsoffene Gemeindekirche“ anhand der Ich-bin-Worte aus dem Johannesevangelium wie folgt entfaltet:

„Beteiligungsoffene Gemeindekirche ist einladend und werbend wie eine offene Tür (Joh 10,9).

Sie ist begeistert und strahlend wie das Licht (Joh 8,12).

Sie ist engagiert und motivierend, aufmerksam und fürsorglich wie der Hirte (Joh 10,14).

Sie gibt profiliert und kompetent den Menschen und der Gesellschaft das Brot des Lebens weiter (Joh 6,35).

Sie ist kontaktfähig, verwurzelt und gehalten wie die Rebe am Weinstock (Joh 15,5).

Sie ist mit ihrem Herrn auf dem Weg (Joh 14,6)

und ihrer Zukunft gewiss, die der Herr ihr verheißen hat (Joh 11,25).“

Vieles ist uns aufgetragen und für uns machbar. Wehe, wir tun es nicht zur rechten Zeit. Anderes will Gott selbst dazu tun, dem wir uns nur immer wieder öffnen können. Wir können und müssen strukturell vieles regeln. Aber der Herr gibt allein, dass Kirche wächst und Früchte bringt. ■

Anm.:

Roland Hoffmann ist Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

kaum hatten wir die Erklärung zur „Euthanasie“ auf unserer Bundestagung verabschiedet, stimmte die Erste Kammer des niederländischen Parlaments in Den Haag mit großer Mehrheit für ein Gesetz, das die aktive Sterbehilfe legalisierte. Als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises habe ich noch einmal deutlich Stellung bezogen und erklärt, dass durch dieses Gesetz das Recht des Menschen auf die Unantastbarkeit „seiner Würde vehement verletzt“ worden ist. In den Niederlanden wird das Leben nun leichter anzugreifen sein. Den Ärzten und den Patienten wird eine tödliche Entscheidung zugemutet. Ich bin froh, dass in der deutschen Politik bis auf wenige Stimmen innerhalb der FDP ein vernehmbarer Konsens darüber herrscht, dass die aktive Sterbehilfe nicht der Weg sein kann, der in Deutschland beschritten werden sollte.

Deutlich ist aber, dass es gerade die Stimme der Christen in den verschiedenen Parteien ist, die es verhindert, dass wir in Deutschland eine ähnliche Gesetzesinitiative befürchten müssten wie in den Niederlanden. Unsere christliche Auffassung der Würde des Menschen schützt unser Land davor, dem Leben in seinen unterschiedlichen Phasen ein verschiedenes Maß an Würde zukommen zu lassen. Der Evangelische Arbeitskreis wird sich dafür einsetzen, dass diese Stimme, die schon die Unantastbarkeit der Würde des Menschen im Grundgesetz verankert hat, auch zukünftig in der Unionspolitik die Meinungsführung behält.

Dies gilt auch für den Bereich, der sich immer dreister christlicher Symbole bedient. Ich spreche von der Werbung, die zusehends die Würde der Christen dadurch verletzt, dass Sie „Heiliges“ entwürdigt. Erst vor kurzem versuchte die Firma: „11-8-40 – die Auskunft AG“ mit einer Anzeige dadurch auf sich aufmerksam zu machen, dass sie die Inschrift „INRI“ auf dem Kreuz, durch die Telefonnummer „11-8-40“ ersetzte. Der Slogan dazu lautete: „So merken sich Messdiener die Nummer der Auskunft“. Ich habe den Werberat

aufgefordert, das Verhalten dieser Firma durch eine klare und deutliche Stellungnahme öffentlich zu rügen. Es ist mir ein Anliegen, in der Gesellschaft einen Diskurs herzustellen, der zu dem Konsens findet, dass religiöse Symbole nicht entwürdigt werden dürfen.

Das heißt aber, dass unsere deutsche Gesellschaft spüren muss, dass der Politik das Christliche in unserem Land wertvoll ist. Dies kann nur durch Wort und Tat geschehen. Daran aber mangelt es vielfältig. Sicherlich, der Bundeskanzler hat erst jüngst bei einer großen Veranstaltung in der Katholischen Akademie in Berlin betont, wie sehr er den Religionsunterricht stärken möchte, doch frage ich: „Was steht hinter diesem Bekenntnis?“ Nicht nur in Berlin und Bremen sieht es verheerend mit diesem Fach aus, sondern auch in Brandenburg! Und selbst in den Bundesländern, die Religion als Pflichtfach kennen, fallen Religionsstunden so häufig aus, dass diese Fehlzeiten nicht einmal mehr statistisch erhoben werden. Dies ist z.B. in Schleswig-Holstein der Fall.

An diesen Fakten aber muss sich die SPD Regierung messen lassen und anhand dieser Tatsachen kann man auch ersehen wie sehr sich der Bundeskanzler für die Belange der Christen einsetzt. Ein Kanzler, der nach seiner Verteidigung auf die Frage, warum er seinen Amtseid nicht mit dem Zusatz „so wahr mir Gott helfe“ versah, antwortete, dass Religion Privatsache sei, dem kann ich nur schwerlich abnehmen, dass er sich ernsthaft für das Kirchliche im öffentlichen Bereich einsetzt.

Das Christliche und seine öffentliche Stimme lässt mich auch bei einem anderen Thema kritisch nachfragen. Ich finde es richtig, dass die Politik und auch eine Bundesregierung sich zur Meinungsbildung von denjenigen beraten lässt, die Kompetentes äußern können. Dies kann nicht nur so sein, dies muss sogar der Fall sein. Und dies gilt vor allem für die Themenkomplexe der Gentechnologie, die uns so sehr beschäftigen. Die Frage, die sich mir hier

bei allerdings stellt ist, auf welche Art und Weise dies zu geschehen hat. Soll dies wirklich durch einen nationalen Ethikrat geschehen, der als ein „dauerhaftes Forum des Dialogs“ installiert wird?

So sehr ich es verstehe, die verschiedenen Träger von Kompetenzen in einem Gremium zusammenzufassen, so sehr kommen mir im Blick auf unsere Kirche Bedenken. In einem nationalen Ethikrat wird die Meinung der Kirchen nicht mehr solistisch vernommen werden können. Eine Gefahr sehe ich darin, dass nur noch Relatives und nicht mehr dezidiert Christliches vernommen wird. Für die Kirchen liegt also gar nicht einmal in der Berufung durch den Kanzler das Problem, sondern in der Subsumierung ihrer eigenen Stimme durch die zukünftigen Äußerungen des Ethikrates insgesamt. Ich meine, dass die Kirchen und gerade auch die EKD, auf die Kraft der eigenen Stimme nicht verzichten sollte. Ein nationaler Ethikrat ist noch keine Garantie dafür, dass dieser einen unmittelbaren Einfluss auf die „operative Politik“ haben wird und schon gar nicht, dass dieser auch noch christlich geprägt sein könnte.

Wenn der Kanzler aber davon ausgeht, dass allein solch ein Gremium Einfluss nehmen kann, dann verkennt und missachtet er die Lebensäußerungen der Kirchen, die bis zum heutigen Tag versucht haben, in Denkschriften und Bischofsworten das Geschick unseres Landes spürbar mitzugestalten. Ich hoffe, dass sich die Evangelische Kirche auch weiterhin eindeutig zu ethischen Fragen äußert, denen man die Eigenständigkeit des Ansatzes und der Ausrichtung anmerkt. Der Evangelische Arbeitskreis wird sie in dieser Entwicklung begleiten.



Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK



Ein Netzwerk des Vertrauens

Evangelische Mittelständler in Deutschland und Mittel- und Osteuropa arbeiten zusammen

Prof. Dr. Otto Strecker

Der Bau des gemeinsamen europäischen Hauses, an dem alle europäischen Völker mitarbeiten, ist eine der faszinierendsten Visionen unserer Generation: aus Gegeneinander oder Nebeneinander wird Miteinander möglichst aller europäischen Länder – unter Einschluss der Länder Mittel- und Osteuropas, die erst vor einem Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu einem Neuanfang in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft aufbrechen konnten. Viele Schritte sind auf diesem Weg noch zu gehen, aber ein Rückblick auf die Ausgangslage vor zehn Jahren zeigt zugleich, dass die Annäherung kontinuierlich fortschreitet.

Am weitesten ist sie für die Länder in Mittel- und Osteuropa gediehen, die an die Tür der Europäischen Union klopfen und Einlass wünschen. Sie werden diesen Einlass erhalten. Die Europäische Union wird sich in mehreren Stufen um neue Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa erweitern. Dies ist Anlass zur Freude. Zugleich löst diese Entwicklung aber bei mittelständischen Unternehmern in Deutschland vielfach Sorgen und Befürchtungen aus: Wie werden sich für sie die Beschaffungs- und Absatzmärkte, die sozial- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der künftigen größeren Europäischen Union entwickeln? Welche Übergangsmaßnahmen müssen vorgesehen werden, um eine stufenweise Anpassung an die künftig veränderte Wettbewerbssituation zu ermöglichen?

Mittelständler in Handwerk, Industrie, Handel, Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe, die dies diskutieren, stellen schnell fest, wie wenig sie über die Länder Mittel- und Osteuropas und vor allem über ihre dortigen Berufskollegen wissen. Immer wichtiger wird es, gesicherte Informationen über die klei-



Prof. Dr. Otto Strecker:

„Die Existenzgründer und kleinen Unternehmer bedürfen der Ermutigung und des Rats erfahrener Kollegen, um unter den schwierigen Bedingungen Mittel- und Osteuropas ihre soeben errungene unternehmerische Selbstständigkeit zu behaupten und erfolgreich auszubauen.“

neren und mittleren Unternehmer in Mittel- und Osteuropa, ihre technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihr unternehmerisches Entwicklungspotential zu erhalten. Dazu bedarf es einer tragfähigen Brücke.

Gründung der „Initiative e.V.“

Vor fünf Jahren wurde in Deutschland von einigen Mittelständlern und einigen Weggefährten in Politik und Kirche ein gemeinnütziger Verein gegründet, der sich den Namen gab „INITIATIVE e. V., Fördergesellschaft für evangelische Verantwortung in der Wirtschaft Mittel- und Osteuropas“. Er verfügt heute über die auf persönlichem Vertrauen gegründeten Kontakte zu Existenzgründern und Mittelständlern in Mittel- und Osteuropa, die für deutsche Unternehmer zunehmend wichtig werden.

Am Anfang von Initiative e. V. standen zwei uneigennützte Motive:

- die Gründer von Initiative e. V. wollten zur Entwicklung gesunder kleiner und mittlerer Unternehmen in Mittel- und Osteuropa beitragen. Diese sind eine der unerlässlichen Voraussetzungen für eine Soziale Marktwirtschaft, die wirtschaftliche und politische Stabilität in Mittel- und Osteuropa ermöglicht. Die Existenzgründer und kleinen Unternehmer bedürfen der **Ermutigung** und des Rats erfahrener Kollegen, um unter den schwierigen Bedingungen Mittel- und Osteuropas ihre soeben errungene unternehmerische Selbstständigkeit zu behaupten und erfolgreich auszubauen.
- Zugleich wollten die Gründer von Initiative e. V. die evangelischen Kirchen in Mittel- und Osteuropa ermutigen, die Existenzgründer und kleinen Unternehmer bewusst wahrzunehmen und ihnen **Hilfe zur Selbsthilfe** anzubieten, zum Beispiel durch fachliche Fortbildung.

Dieser Ansatz knüpft an gute und protestantische Tradition an. Der Beruf ist kein Job, sondern Gottes Auftrag zur Gestaltung der Welt in Freiheit und Verantwortung. Dass das gesellschaftspolitische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vornehmlich von geistigen Vätern entwickelt wurde, die sich an diesem **protestantischen Berufsverständnis orientierten**, ist kein Zufall.

Evangelische Kirchen in Mittel- und Osteuropa entdecken jetzt, dass sie manchen Gemeindegliedern – und in ökumenischer Offenheit auch andere Interessenten einbeziehend – helfen können, wenn sie ihnen Mut machen, Eigenverantwortung im Beruf zu übernehmen. Initiative e.V. geht mit diesen Kirchen ein Bündnis ein, und stellt das unternehmerische Erfahrungswissen zur Verfügung. Was daraus in vierjähriger Zusammenarbeit entstanden ist, ist erfreulich:

- Regelmäßig führen die Evangelischen Kirchen in nunmehr zehn Ländern **Fortbildungsseminare** in mittelständischer Unternehmensführung durch. Trainer sind Mitglieder von Initiative e. V., also Unternehmer, Lehrer, Berater

aus Deutschland, daneben auch Experten im jeweiligen Land. Mit Kirchen in weiteren Ländern (z. B. Ukraine, Kasachstan) ist Initiative e.V. im Gespräch.

- Initiative e. V. bietet in Einzelfällen **Beratungshilfe** für Unternehmer in der Aufbauphase an.
- Zum ersten Mal werden im Jahr 2001 zunächst 14 junge Unternehmer und Unternehmerinnen aus den Partnerkirchen in deutschen Mitgliedsbetrieben der gleichen Branche ein vierwöchiges **Praktikum** absolvieren.
- Eine Datenbank befindet sich im Aufbau, in dem alle am **INITIATIVE – Netzwerk** beteiligten Unternehmer über die Grenzen hinweg Kontakt miteinander aufnehmen können, um Erfahrungen auszutauschen oder berufliche Zusammenarbeit vorzubereiten.
- Initiative verleiht einmal jährlich den mit rund 10.000 DM dotierten **INITIATIVE – Preis an einen** beispielhaften mittelständischen Unternehmer in den Partnerländern. Preisträger 2000 war der polnische Unternehmer Alfred Smolczynscy aus Kamien Pomorski (bei Stettin), der eine erfolgreiche Produktion von Schilfrohr – Dächern (vornehmlich für den Export) aufgebaut hat und zugleich engagierte Verantwortung für Gemeinde und Kirche übernommen hat.

Die Arbeit für Initiative e.V. wird von solchen Vereinsmitgliedern, die dafür Zeit erübrigen können, ehrenamtlich geleistet. Dadurch fließt in diese Arbeit viel praktisches Wissen ein. Die Partner in Mittel- und Osteuropa wissen dies zu schätzen. Sie loben die unbürokratische, auf dem persönlichen Vertrauen der Mitwirkenden basierende Arbeitsweise.

Ehrenamtliche Mitarbeit bei der Initiative e.V.

Immer mehr deutsche Initiative Mitglieder gewinnen aus diesen Kontakten einen Zugang zu vertrauenswürdigen Partner in Mittel- und Osteuropa. Dies wird an Bedeutung weiter zunehmen. Initiative e.V. ist offen für Menschen, die ihre Arbeit mittragen wollen. Gerade mittelständische Unternehmer und Un-

Der EAK - Thüringen lädt ein:

Montag, 21. Mai 2001, 19.00 Uhr im Hotel „Reussischer Hof“, Schmölln

„Die Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes“

mit Bundesminister a.D. **Jochen Borchert, MdB**
Bundesvorsitzender des EAK,

Dr. Volker Sklenar, MdL
Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt,

Prof. Dr. Gerhard Jahreis
Lehrstuhlinhaber für Ernährungsphysiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

ternehmerinnen im EAK dürften daran interessiert sein. Ihrem eigenen Bedürfnis nach zuverlässigen persönlichen Verbindungen zu einzelnen Berufskollegen in Mittel- und Osteuropa wird hier ebenso Rechnung getragen, wie dem Wunsch, an einem grenzüberschreitenden europäischen Netzwerk von Mittelständlern beteiligt zu sein, die ihren unternehmerischen Beruf in christlicher Verantwortung wahrzunehmen bemüht sind.

Ein besonders gute Gelegenheit, Initiative e.V. kennen zu lernen bietet die **Jahrestagung**, die in diesem Jahr vom **02. bis 04. November 2001 in Jena** stattfindet. Das praxisnahe Programm reicht

- von Unternehmerberichten über die erfolgreiche Bewältigung von Unternehmensaufbau und Unternehmenssicherung bis zu einem Podiumsgespräch von Landesbischof i. R. D. Horst Hirschler mit fünf mittelständischen Unternehmern über „Evangelische Verantwortung – was heißt das für Unternehmer?“ ,
- von Informationen über die aktuelle Zusammenarbeit mit den Partnerländern in Mittel- und Osteuropa bis zu einem „Zukunftsgespräch“ mit dem Thüringer Wirtschaftsminister Franz Schuster,
- von Fachforen zu „Handwerk und Umwelt“, „Chancen im Außenhandel“, „Regionale Angebotsgestaltung

der Landwirtschaft“, „Unternehmensentscheidungen unter schwierigen Bedingungen“ bis zu einem Festgottesdienst in der Stadtkirche St. Michael.

Erstmals geht der Jahrestagung von Initiative e. V. eine Konferenz voraus, die vor allem für evangelische Pfarrer und Pfarrerinnen bestimmt ist, die sich unter dem Motto „In christlicher Verantwortung wirtschaften“ mit Problemen mittelständischer Unternehmer und Unternehmerinnen vertraut machen wollen und diese Informationen in ihr Konzept des Gemeindeaufbaus einbringen wollen. Diese Konferenz findet vom 01. bis 02. November 2001 ebenfalls in Jena statt.

Initiative freut sich über interessierte Gäste, die sich für diesen Hinweis zu den beiden Tagungen einladen lassen. Informationen erteilt unter Hinweis auf diesen Aufsatz „Evangelische Verantwortung“ :

*Initiative e. V.
Fördergesellschaft für evangelische Verantwortung in der Wirtschaft Mittel- und Osteuropas
Ubierrstr. 78
53173 Bonn
Tel: 02 28/98 57 90
Fax: 02 28/69 14 46
e-mail: initiative@bonn-online.de*

Anm.:

Prof. Dr. Otto Strecker, Bonn, ist Vorsitzender der Initiative e.V.

Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft – in welche Richtung? Brauchen wir eine neue Ethik für die Erneuerung?

Menschen, Märkte, Mächte

Wirtschaften findet stets in einem Spannungsfeld gesellschaftlicher, sozialer und ethischer Beziehungen einerseits und machtpolitischer Positionen andererseits statt. Jeder Mensch ist Teil dieses Spannungsfeldes und damit auch immer politischer Macht und wirtschaftlichen Einflüssen ausgesetzt. In diesem Spannungsfeld von Interdependenzen und Interessen muss er sich als einzelner und in Gruppen behaupten.

Aufgabe einer christlich geprägten Wirtschaftsethik ist es, die Menschen zu einem Interessenausgleich zwischen forderndem Anspruchsdenken und nutzenorientiertem Eigeninteresse zu befähigen. Die heute aktuelle Diskussion um verschiedene Formen der Nutzenoptimierung (z.B. Shareholder Value) ist ohne ethische Leitlinien, die im christlichen Glauben und Selbstverständnis ihren Ursprung haben, nicht gemeinwohlorientiert zu führen. Vor allem die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen sind dabei neu zu definieren.

Genau hier setzt die Soziale Marktwirtschaft in ihrem Verständnis an. Getragen vom Leitbild einer freiheitlichen Gesellschaft und dem **Prinzip der Subsidiarität** verpflichtet, misst sie jedem Menschen Rechte und Pflichten nach seiner individuellen Leistungskraft zu. **Jeder ist gefordert, niemand wird überfordert.** Interessenausgleich erfolgt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, der Zusammenhang zwischen Eigenleistung und Unterstützung durch Dritte bleibt gewahrt, individuelle und globale persönliche Unterschiede werden nicht verwischt. Ausgangspunkt für soziales Handeln ist und bleibt die Verantwortung des Einzelnen.

Zu viel staatliche Betreuung und Versorgung bedroht die **Eigeninitiative** des

Einzelnen, nimmt ihm die persönliche Verantwortung und entmündigt ihn in seinem Handeln. Alle sozialistischen Wohlfahrtsmodelle fördern auf diesem Weg partikulare Egoismen zu Lasten der Gemeinschaft und behindern die Verantwortung der Menschen für das Ganze. Insofern ist eine Zerstörung der ethischen Grundlagen der Gesellschaft die Folge.

Rückblick

1. Die Soziale Marktwirtschaft, das historische Verdienst Ludwig Erhards, ist die große wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leistung der Union seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im letzten halben Jahrhundert. Die Soziale Marktwirtschaft hat innerhalb des demokratischen und sozialen Rechtsstaats den Deutschen nach der größten Katastrophe ihrer Geschichte Anerkennung in der Welt, Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union und im Globalisierungsprozess, Wohlstand und soziale Sicherheit in Deutschland und nach der Wiedervereinigung Aufschwung, Investitionen und Erneuerung in den Neuen Ländern gebracht. Die strukturellen Anpassungen in der Wirtschaft, z.B. im Bergbau und in der Schwerindustrie, die in der DDR jahrzehntelang versäumt wurden, bereiten heute die Probleme, die im Ruhrgebiet und an der Saar längst behoben sind. **Darum halten wir daran fest, dass die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht evangelischer Verantwortung eine Wirtschaftsordnung ist, zu der Christen ja sagen können.**

Der EAK blickt dankbar auf die guten Ergebnisse und Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft unter den CDUgeführten Regierungen Adenauer, Erhard, Kiesinger und Kohl. Sie haben Fundamente geschaffen, auf denen weiterzuarbeiten unsere Pflicht ist und künftige Aufgabe bleibt.

Gefährdung der Sozialen Marktwirtschaft

2. Heute ist die Soziale Marktwirtschaft in Gefahr. Viele Bürgerinnen und Bürger, auch in den eigenen Reihen der Union, kennen und verstehen die Grundlagen des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr. Zudem hat das Konzept selbst an Prägekraft verloren, seine Konturen sind unscharf und unklar geworden. Diese Schwäche der Sozialen Marktwirtschaft nutzen unsere politischen Gegner, um sich der Idee zu bemächtigen und ihre Programme „dritter Wege“ unter dem Markenzeichen christlich-demokratischer Politik anzupreisen. Das führt zu Verwirrung und steigert den durch Unkenntnis und Verlust unserer Prinzipientreue entstandenen Vertrauensschwund. Öffentlich wird die Frage diskutiert, ob die Soziale Marktwirtschaft überholt und dieses Konzept inzwischen ungeeignet sei, auf Zukunftsfragen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Umweltbedrohungen oder Globalisierung Antwort zu geben.

Der EAK NRW fordert die CDU zu einer Rückbesinnung auf die Wertegrundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und zu einer zeitgemäßen Reform unserer Wirtschaftsordnung auf. Das Profil der Sozialen Marktwirtschaft muss wieder geschärft, die Kenntnis ihrer Grundlagen in der Bevölkerung verbessert werden.

Mangelnde Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft?

3. Das Argument der Kritiker, die Soziale Marktwirtschaft habe ihre Zukunftsfähigkeit eingebüßt, weil sie nicht mehr sozial sei, muss offensiv diskutiert werden. Das Argument, die Soziale Marktwirtschaft berücksichtige die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft nicht in ausreichendem Maße, wird mit dem Schlagwort der „**sozialen Kälte**“ plakativ in den Vordergrund gestellt. Die Soziale Marktwirtschaft ist in zweifacher Hinsicht sozial, und es ist gefährlich für die Soziale Marktwirtschaft, diese beiden Aspekte gegeneinander auszuspielen.

Unsere Wirtschaftsordnung ist sozial, weil sie die Kräfte der Märkte mobilisiert und dynamisiert: Wettbewerb und

Wachstum, Geldwertstabilität und Beschäftigung, Gewinne und Einkommen, Konsumentenautonomie und freie Berufswahl sind soziale Folgen eines rechtsstaatlich geordneten Marktgeschehens, das die Soziale Marktwirtschaft seit **Walter Eucken** (Freiburger Schule) und **Alfred Müller Armack** (Evangelische Sozialethik) auszeichnet. Und sie ist sozial, weil in ihr vor allem junge, aber auch viele Menschen fortgeschrittenen Alters subsidiär zu einem eigenständigen und verantwortlichen Leben befähigt werden: durch Bildung, Aus- und Weiterbildung, Berufsförderung, Studium, Umschulung und Rehabilitation, durch Familienlastenausgleich und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Wer nicht oder nicht mehr aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen kann, wird solidarisch einbezogen in den Wachstums- und Wohlstandsprozess: durch Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, durch Sozialhilfe und andere Formen der Unterstützung. Kein Mensch bleibt sich selbst überlassen, die Leistungsbereitschaft jedes einzelnen ist Teil der Sozialordnung.

Die beiden sozialen Aspekte und Erfolgselemente der Sozialen Marktwirtschaft – Wettbewerb und Wachstum auf der einen, Subsidiarität und Solidarität auf der anderen Seite – gehören zusammen und bedingen einander. Man kann sie nicht gegeneinander auspielen, ohne die Soziale Marktwirtschaft als solche zu beschädigen oder gar zu zerstören.

Der EAK NRW fordert die CDU dazu auf, zu einer Wiedergewinnung des sozialen Gleichgewichts unserer Wirtschaftsordnung beizutragen. Der Globalisierungsprozess muss als Herausforderung angenommen werden. Märkte gewinnen an Dynamik und Mobilität, der Arbeitsmarkt muss flexibel reagieren. Deswegen wird der Gesetzgeber aufgefordert, dafür in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern die Voraussetzungen zu schaffen. **Anspruchsdenken muss Leistungsbereitschaft Platz machen**, der Ruf nach dem Staat durch Eigenverantwortung ersetzt werden. Wirklich Bedürftigen muss geholfen werden. Die ethische Qualität der Sozialen Marktwirtschaft zeigt sich in der

Solidarität mit den Schwachen, in der Hilfe zur Selbsthilfe.

Korrektur von Fehlentwicklungen

4. Der Profilverlust der Sozialen Marktwirtschaft hat dazu geführt, dass heute unter dem Stichwort „sozial“ gigantische Umverteilungen einschließlich der Finanzierung überbordender Bürokratien stattfinden, bei denen die Zahler überwiegend identisch sind mit den Empfängern, während wirklich Arme, kinderreiche Familien und ältere Langzeitarbeitslose ins soziale Abseits gedrängt werden. Diese inzwischen weit hin beklagte **Fehlentwicklung des deutschen Sozialstaats** ist auf eine geistige und politische Haltung zurückzuführen, die allein eine anspruchs- und forderungsorientierte Interpretation des Adjektivs „sozial“ ohne Leistungslegitimation zur Ikone von Verbänden und Interessenvertretungen erhebt, ohne dass die Regierung, auch nicht die letzte CDU-geführte, dieser Einseitigkeit Einhalt gebietet. Auf der anderen Seite werden die sozialen Leistungen und Wirkungen von Wettbewerb und Gewinnstreben, Unternehmertum und Eigenverantwortung, Investition und Eigeninteresse verkannt, als sozial schädlich verunglimpft und moralisch abgewertet gegenüber einem als sozial hochwertig eingeschätzten Pochen auf Staatsleistungen und Subventionen, also Fordern von Geld aus den Taschen der Bürger.

Diese Entwicklung hat nichts mehr mit einer menschenfreundlichen Ethik des Christentums zu tun, die den Wert der Nächsten- an der Eigenliebe maß und noch etwas von der Kraft der Solidarität aus dem Selbstverständnis wusste, das sich aus der eigenen Leistungsfähigkeit ableitet. **Anspruchsdenken hat nichts mit gelebter Sozialethik gemein.** Das vielfach korrumpierte Denken und Handeln in unserer Gesellschaft muss als un-solidarisch und ethisch nicht vertretbar entlarvt werden. Wir müssen wieder den freien und freigebigen Blick nach vorn lernen, ohne Neid gegenüber dem, der etwas schafft und leistet, dem Begabten und Erfolgreichen. Erst wenn diese Pioniere nicht mehr unter dem fiskalischen Kriterium als Beute und Zielgruppe für Sonderabgaben, sondern als

Avantgarde in die Zukunft der Gesellschaft gesehen werden, kann es auch mit der Sozialen Marktwirtschaft wieder vorangehen. Auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums darf nicht so weit gehen, dem Eigentümer die Verfügungsmöglichkeiten über sein Eigentum zu nehmen: Freiheit und Bindung bedingen sich gegenseitig.

Der EAK NRW plädiert nachdrücklich für eine verantwortungsethische Neuorientierung parallel zur notwendigen Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft: Stärkung des Mittelstands, Europäisches Kartellrecht, Abbau staatlicher Subventionen, Umbau des Sozialstaats. Die gleichgewichtige Sozialverantwortung unserer Wirtschaftsordnung und das Ziel der Sozialen Gerechtigkeit erfordern eine Abkehr von der wehleidigen Forderungs- und Anspruchsethik, die keinerlei ethische Berechtigung hat, hin zu einer **freien und offenen zukunftsorientierten Sozialethik**, in der Eigenverantwortung und Leistung, Solidarität und Subsidiarität im Zentrum stehen. ■

Anm.:

Dieses Positionspapier wurde vom EAK Landesverband Nordrhein-Westfalen erarbeitet.

Der EAK-Kreisverband Rotenburg (Wümme) lädt ein:

Donnerstag, 17. Mai 2001,
20:00 Uhr
im Gasthof Heins, Selsingen

„Wertmaßstäbe einer christlich verantworteten Politik im 21. Jahrhundert“

mit Pastor Dr. Horst Neumann,
Bad Malente

Radiomission
„Lutherische Stunde e.V.“

Ein Signal nach innen und außen

Dr. Martin Kruse

Wie kommt das Evangelium heute zu den Menschen? Wie findet die Kirche zu den ihr Entfremdeten? Das ist eine beunruhigende, aber auch engagierende Grundfrage im Blick auf die Zukunft des christlichen Glaubens in Europa.

Da ist das große Heer derer, die irgendwann einmal zum Amtsgericht oder zum Standesamt gegangen sind, um ihren Austritt aus der Kirche aktenkundig zu machen. Erst im Nachhinein erfährt die Gemeinde davon. Schreibt die den „Verlust“ einfach ab? Ein Besuch von Seiten der Gemeinde in diesem Augenblick – das lehrt die Erfahrung – eröffnet selten eine neue Verbindung, verärgert eher. Manche Gemeinden schicken einen „Abschiedsbrief“ und äußern die Hoffnung auf neue Erfahrungen mit Glaube und Kirche und eine Rückkehr irgendwann.

Schwieriger noch ist die Situation in den östlichen Bundesländern. Zum „Erbe“ der DDR-Geschichte gehört die **Konfessionslosigkeit der großen Mehrheit**. Sie hat sich mehr oder weniger darin eingerichtet. Umso dringlicher die Frage: wie kommt die Kirche zu den Menschen? Der Graben ist schwer zu überwinden. Es bedarf eines langen Atems, einer großen Hoffnung und der Liebe zu den Menschen, so wie sie sind.

Ein wirksames Signal

Die **Wiedereintrittsstellen**, die auf Beschluss der Berlin-Brandenburgischen Landessynode vor gut drei Jahren an drei stadtbekanntesten Kirchen (Berliner Dom, Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, Heilig-Kreuz-Kreuzberg) eingerichtet wurden, sind natürlich nicht „die Lösung“, sondern nur ein bescheidenes, aber doch wirksames Signal, nach innen (in die Kirche) und nach außen (in die Öffentlichkeit). Mich hat überrascht, welch breites



Altbischof Dr. Martin Kruse:
„Die Wiedereintrittsstellen sind nicht „die Lösung“, aber sie sind ein wichtiges Signal, nach innen und außen.“

positives publizistisches Echo die Entscheidung der Synode gefunden hat.

Wer kommt und warum?

Ein gutes Dutzend Pfarrerinnen und Pfarrer stehen zu bestimmten Zeiten zu Gesprächen für Menschen, die die Kirchenzugehörigkeit suchen, zur Verfügung. Die Kirchenleitung hat sie autorisiert, nach einem positiven Verlauf des Gespräches (oder: der Gespräche) eine Urkunde über den vollzogenen Eintritt auszustellen. Ein Fragebogen mit den entsprechenden Angaben geht an die kirchliche Meldestelle und an die Gemeinde. **Denn in jedem Fall gehört zur Kirchenmitgliedschaft auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinde.** Das muss nicht die Wohnortgemeinde sein. In einer Großstadt gibt es sehr unterschiedliche Prägungen der Gemeinden. Wichtig ist für den Eintretenden, ein Zuhause zu finden.

Es bleibt dabei: **jede Gemeinde ist eine Wiedereintrittsstelle.** Die Gesprächsorte

an den drei Kirchen sind nur eine Ergänzung und Erweiterung. Dahinter steht die Erfahrung, dass manche lieber zum Gespräch in den „Vorhof“ des Tempels gehen, da ist die Gesprächssituation offener, man kann sich erst einmal aussprechen. Es gibt eine gewisse Scheu, sich zu offenbaren. Über die eigene innere Einstellung, über den Glauben zu sprechen, fällt schwer. Bei der Erinnerung an den Kirchenaustritt haben die allerwenigsten, die einen neuen Anfang suchen, ein ganz gutes Gewissen. „In der Gemeinde komme ich mir wie ein Sünder vor, hier kann ich besser reden. Da ich 17 Jahre lang als Bischof zugleich Pfarrer an der Gedächtniskirche war, beteiligte ich mich dort an den Eintrittsgesprächen. Es kommen durchweg Menschen, die getauft und konfirmiert worden sind, die also irgendwie in früheren Jahren christlich sozialisiert waren. Es sind „Rückkehrer“.

Warum sie kommen? Das Leben bleibt nicht stehen, andere Lebenserfahrungen stellen sich ein, andere Herausforderungen. Der Kirchenaustritt erscheint jetzt in einem anderen Licht, als Verlust, als Selbstisolierung. „Ich habe gemerkt, dass ich nichts davon gehabt habe“. „Ich brauche die größere Gemeinschaft“. „Ich bin nie glaubenslos gewesen, aber es war ein Irrtum, ich könne für mich allein Christ sein“. Viele sind dann doch hin und wieder zum Gottesdienst gegangen oder haben in einem Gemeindekreis mitgearbeitet. „Ich kam mir unredlich vor. Ich habe nie gesagt, dass ich ausgetreten bin“.

Beispielhaft einige „Fälle“: Als Studenten sind beide ausgetreten. Die Kinder gehen in einen evangelischen Kindergarten. Sie fragen nach biblischen Geschichten. Hin und wieder werden die Eltern zu einem Familiengottesdienst eingeladen. – „Er“ ist in DDR-Zeiten getauft, aber nicht konfirmiert; „sie“ stammt aus einem aktiven christlichen Elternhaus. Ich sage ihm: „Sie brauchen einen **Erwachsenen-Unterricht**“. Darauf „sie“: „Das interessiert mich auch“. Daraus entsteht eine Reihe von Gesprächen um den Glauben, bevor die Urkunde ausgestellt wird. – Ein anderes Beispiel, das m. E. typisch ist: Der Ehemann ist nach langer Krankheit gestorben. „Sie“ sagt: „Ich habe gemerkt, was mir der Glaube bedeutet“. Es kommt selten vor, dass das Gespräch von Menschen gesucht wird, die aus der völligen

Kirchen- und Glaubensferne den Weg zur Gemeinde gefunden haben. Die Wiedereintrittsstellen sind in aller Regel Gesprächsorte für „Rückkehrer“. Allerdings treffen wir immer wieder auf **Übertrittswillige** aus Freikirchen oder aus der katholischen Kirche (da aber meistens mit der Zwischenstation „Austritt“). Bei Übertrittswilligen kann man generell mehr christliche Substanz voraussetzen.

Wie gehen wir vor?

Es wird manchmal kritisch gefragt: Macht ihr es den Menschen, die wieder eintreten wollen, zu leicht? Müsst ihr ihnen nicht mehr zumuten?

Nach meiner Erfahrung machen es sich die Menschen, die zu uns kommen, nicht leicht. Sie kommen nicht aus einer Augenblicksüberlegung, sondern nach einer längeren Zeit der inneren Abklärung. Sie haben sich zu einer Entscheidung durchgerungen. Man braucht darum nicht zu bohren, um sie zum Reden zu bringen. Sie geben in der Regel von selbst Auskunft

über sich und ihre Überlegungen, auch über die Motive ihres Austritts. Das teilnehmende Zuhören ist wichtig, dann wird es leicht, über sich selbst zu reden.

In wenigen Einzelfällen bin ich getäuscht und enttäuscht worden, wenn der Wiedereintritt – wie sich später herausstellte – nur zur Verbesserung der Berufschancen oder zur Ausstellung eines Patenscheines dienen sollte. Aber das sind Einzelfälle, die nicht ins Gewicht fallen.

Offene Fragen

Es bleibt ein Unbehagen. Ich kann diese Menschen, die sich geöffnet haben, nicht begleiten. Ich spreche mit ihnen über die nächsten Schritte, erkunde die Möglichkeiten, schreibe manchmal die Pfarrerin oder den Pfarrer persönlich an. Aber ich weiß nicht, ob es zur „Aufnahme“ in die Gemeinde kommt. Es ist ja auch schwer, dass Neuhinzugezogene einen Platz in der Gemeinde finden, erst recht solche, die einen neuen Zugang zur Gemeinde suchen.

Ich spreche zwar ausführlich darüber, dass sich der **Kircheneintritt im Abendmahl verwirklicht**. „Suchen Sie eine Gelegenheit, möglichst in Gemeinschaft mit anderen Christen, die Sie kennen“. Aber ob sich das realisiert, das erfahre ich nur selten.

Die Eintrittswilligen kommen aus freien Stücken zum Gespräch. Sie haben von dieser Möglichkeit gehört (vielleicht durch eine Anzeige in der Zeitung), sie haben die angegebene Sammeltelefonnummer angerufen, sie haben sich auf den Weg gemacht. Vielen von ihnen traue ich zu, dass sie ihren Weg entschlossen suchen. Die Wiedereintrittsstellen sind nicht „die Lösung“, aber sie sind ein wichtiges Signal, nach innen und außen. Ich führe diese Gespräche gerne. ■

Anm.:

Dr. Martin Kruse ist Altbischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

29. Evangelischer Kirchentag

Liebe Leserinnen und Leser,

der 29. Deutsche Evangelische Kirchentag findet dieses Jahr vom 13.-17.Juni 2001 in Frankfurt am Main statt. Auf dem traditionellen Markt der Möglichkeiten, der sein 25-jähriges Bestehen feiert, finden Sie den Stand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf dem Messegelände in **Messehalle 4, 1. Ebene unter Standnummer D 21**. Im sog. Marktbereich 3 – In Freiheit bestehen- im Themenabschnitt „Zukunft der Demokratie-Gesellschaftliche Verantwortung“, möchten wir mit Ihnen und engagierten Unionspolitikern sowie dem Kirchentagpublikum diskutieren.

Besuchen Sie uns auf dem Markt der Möglichkeiten zwischen 10.00 und 18.00 Uhr !

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU möchte Sie außerdem herzlich zu

seinem Empfang anlässlich des 29. Deutschen Evangelischen Kirchentages

**am 15. Juni 2001
um 20.00 Uhr**

im Naturmuseum Senckenberg in Frankfurt am Main einladen.

Mit diesem Empfang möchte der EAK seine Brückenfunktion zwischen Kirche und Politik intensivieren. An diesem Abend der Begegnung werden auch die CDU-Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel, sowie der hessische Ministerpräsident Roland Koch teilnehmen.

Falls Sie an diesem Empfang des EAK teilnehmen möchten, setzen Sie sich bitte mit der EAK-Bundesgeschäftsstelle unter der Rufnummer: (030) 22070-432 in Verbindung, damit wir Ihnen eine Eintrittskarte zusenden können.



Der Wille von Eltern für eine andere als die staatliche Regelschule ist ungebrochen (Zur Bedeutung evangelischer Schulen für den gesellschaftlichen Transformationsprozess)

Dr. Eckart Schwerin

In Mecklenburg-Vorpommern haben vier Gründungsinitiativen beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Schuljahr 2001/2002 die Genehmigung für eine evangelische Grundschule beantragt. Wird dem stattgegeben, erhöht sich die Zahl der evangelischen Schulen in Trägerschaft der Evangelischen Schulstiftung in Mecklenburg-Vorpommern auf neun mit von derzeit 330 Schüler auf vielleicht gut 400, von 28 auf etwa 35 Lehrerinnen und Lehrer.

Der Wille vieler Eltern nach einer anderen Schule ist ungebrochen

Die zum 1. Januar 2001 eingerichtete gemeinsame Schulstiftung der Pommerschen Evangelischen Kirche und der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs will die weitere Entwicklung der bisher fünf Grundschulen begleiten und die Gründung neuer anregen und fördern. Ihr Augenmerk ist primär auf Grundschulen gerichtet. Das schließt den Aufbau von verbundenen Haupt- und Realschulen und Gymnasien ein. Bisher ist einer Grundschule eine gymnasiale Orientierungsstufe angegliedert (Demmin), einer anderen Grundschule ein verbundener Haupt- und Realschulteil (Neubrandenburg).

Der Wille der Eltern nach einer anderen Schule für ihre Kinder als der staatlichen Regelschule ist trotz einer generell entgegensteuernden Landespolitik ungebrochen. Mit dem Haushaltsgesetz 2000 hat der Landtag die **Personalkostenrefinanzierung** für die Schulen in freier Trägerschaft von bis dahin höchstens 90 % auf jetzt höchstens 85 % reduziert und die Wartefrist für den Beginn der **staatlichen Mitfinanzierung** bei neugegründeten Schulen auf zwei Jahre festgelegt mit dem Argument, einen unkontrollierten Aufwuchs zu begrenzen. Außerdem



Dr. Eckart Schwerin

wurden bereits seit 1999 alle Bauinvestitionen für freie Schulen aus dem Landeshaushalt gestrichen. Die Träger freier Schulen in Mecklenburg-Vorpommern hatten sich bereits im Frühjahr 1999 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um rechtzeitig konzertiert der Absicht der Landesregierung entgegenzuwirken.

Freie Schulen sind ein elementarer Beitrag zum Prozess der Demokratisierung

Die Diskussion im Zusammenhang mit der angekündigten Reduktion der staatlichen Mitfinanzierung der freien Schulen ließ unmissverständlich erkennen, dass bildungspolitische Absichten verfolgt wurden und nicht finanzielle Zwänge die Ursache waren. Denn für den Staat sind Schulen in freier Trägerschaft in jedem Fall kostengünstiger. Außerdem arbeiten sie mit geringeren finanziellen Mitteln effizienter.

Insgesamt wurden nach 1989 in Mecklenburg-Vorpommern 46 allgemein- und berufsbildende Schulen in freier

Trägerschaft gegründet, unter ihnen neun „christliche“, zwei katholische Grundschulen (Schwerin, Rostock), eine Grundschule in der Trägerschaft eines Diakoniewerkes (Schwerin), ein Gymnasium in der Trägerschaft des Christlichen Jugenddorfes (CJD) und fünf Schulen (Demmin, Neubrandenburg, Parchim, Stralsund, Walkendorf), einschließlich zwei Gründungsinitiativen (Waren, Wismar) in der Trägerschaft der **Evangelischen Schulstiftung in Mecklenburg-Vorpommern**, die seit dem 1. Januar 2001 existiert und hervorgegangen ist aus der 1996 gegründeten Schulstiftung der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs.

Den freien Schulen kommt im ostdeutschen Kontext eine andere Bedeutung zu als in den alten Bundesländern. Sie sind ein elementarer Beitrag zum Prozess der Demokratisierung der Gesellschaft und nehmen eine Schlüsselfunktion ein. „Schule“ ist ja generell gefährdet, weil sie zur **Stabilisierung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse** bzw. zur Implantation politisch-ideologischer Inhalte und Ziele missbraucht werden kann. Dieses lässt sich exemplarisch an der **Volksbildungsschule** in der vergangenen DDR nachweisen. Sie war ein entscheidendes, wirkungsvolles staats- und parteipolitischen Instrument. Die Lehrerinnen und Lehrer sollten Funktionäre der Ideologie des Marxismus-Leninismus sein, viele verstanden sich auch so und prägten den Schulalltag. Weil Gesinnungen und Überzeugungen persönlichkeitsprägend und nicht willkürlich austauschbar sind, ist diese Vergangenheit nach wie vor in den heute noch tätigen Lehrerinnen und Lehrern zu meist verdeckt wirkungsvoll präsent.

Eine wünschenswerte Alternative wäre eine Schule, die sich als **Lern- und Lebenslabor** versteht, als **Zukunfts-Werkstatt** und als ein für Innovationen prädestinierter gesellschaftlicher Bereich, weil in der kritischen Auseinandersetzung von Lehrern und Heranwachsenden mit der Gegenwart und ihrer Vergangenheit andere als die bisherigen Lebens-, Denk- und Verhaltensmodelle entwickelt und erprobt werden. Lehrer wären den Heranwachsenden Weggefährten, die auf ihre geistigen, sozialen,

kreativen Potentiale aufmerksam machen und dabei unterstützen, diese zu entfalten, die sie dazu anregen und motivieren, Neues zu denken und zu prüfen, nicht nur für sich, für den Einzelnen, sondern für die Gesellschaft. Eine solche Schule wäre ein „Lern- und Lebensraum“ (Hartmut v. Hentig).

Wie kann das „evangelisch“ erkennbar und erlebbar werden?

Die evangelischen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern bewegen sich in dem Geflecht der gesellschaftlichen Zustände und Umstände inmitten einer immer noch anhaltenden **Umbruchsituation**. Sie befinden sich in einem Prozess vielfältiger Anforderungen und Herausforderungen, gelegentlich in extremen Spannungen und Zerreißproben.

Eine der von ihnen zu bewältigenden Aufgaben ergibt sich daraus, dass die Hälfte der Schülerinnen und Schüler, damit auch deren Eltern und Familien, keiner Kirche angehören, also **konfessionsfrei** sind. Ihre **Säkularisierungs-Biografie** trägt die deutlichen Spuren der ideologiegeleiteten DDR. Seit Anfang der 50er Jahre bis zum Ende der DDR war die Entfremdung von der Kirche, dem christlichen Glauben und der durch das Christentum geprägten Geschichte konstitutiver Bestandteil der Staatsideologie und besonders der Schulpolitik.

Der Kirche fremde und ihr entfremdete Eltern beteiligen sich jedoch mit christlichen Eltern an der Entwicklung eines Konzeptes für eine evangelische Schule. Sie akzeptieren den Kontext „Kirche“ und „christlicher Glaube“. Manche erwarten vielleicht nur eine andere Pädagogik. Für sie hat die Trägerschaft eine nachrangige Bedeutung. Der Kirche trauen sie Sensibilität und Fairness zu. Sie nehmen es in Kauf, dass die Schule und Kirchengemeinden kooperieren. Manche erwarten eine neutrale Schule, keinesfalls eine einengende konfessionelle.

Wie „konfessionell“ kann eine Schule sein, wenn die Hälfte ihrer Schülerschaft konfessionsfrei ist?

Wie kann das „evangelisch“ erkennbar und erlebbar werden?

Wird die Teilnahme am Religionsunterricht freigestellt oder ist sie fakultativ?

In welchen Zusammenhängen kommt „Religiöses“ sonst vor?

Wie kann das Religiöse eine das gesamte Schulgeschehen bestimmende Dimension und eine orientierende Gestalt gewinnen?

Ist die Zugehörigkeit aller Lehrerinnen und Lehrer zu einer Kirche *conditio sine qua non* oder gibt es „Vor“-Formen ei-

ner, der von anderen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften nicht geleistet werden kann. Diesem Zusammenhang sind die Auseinandersetzungen zum ordentlichen **Schulfach „Religion“** zu Beginn der neunziger Jahre zuzuordnen. Die unseligen Schulerfahrungen vor 1989 und die durch sie gesetzten kaum überwindbaren hohen Schwellen zwischen Kirche und Schule und umgekehrt erschwerten in hohem Maße Überlegungen zu einem von der Kirche mitverantworteten Fach in der „neuen“ Schule, in der man denen begegnete, die schon der DDR-Schule ihr Gepräge gegeben hatten. Es war ein weiter Weg,

um aus der DDR-produzierten Nischen- und Minderheitenexistenz zur Beteiligung an der *politeia*, dem Gemeinwesen, und zwar an einem seiner prominentesten Orte, deren einer die Schule ist, zu gelangen.

„Die ev. Schulen sind ein markantes Beispiel für die Rolle der Kirche und die Bedeutung des christlichen Glaubens im Transformationsprozess unserer ostdeutschen Gesellschaft.“

Dr. Eckart Schwerin

ner Kirchenzugehörigkeit, Bewegungen in der Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben auf eine kirchliche Bindung zu? Möglicherweise sind der Kirche noch nicht angehörende Lehrerinnen und Lehrer besonders sensibel gegenüber konfessionsfreien Schülerinnen und Schülern. Wie wird über das „Firmenschild“ hinaus im Unterschied zu anderen Schulen in und an den evangelischen Schulen deren spezifischer Charakter kenntlich?

Kirche in der Gesellschaft mit ihrer wertebewahrenden, wertentwickelnden und sinnstiftenden Aufgabe

Die ev. Schulen sind ein markantes Beispiel für die Rolle der Kirche und die **Bedeutung des christlichen Glaubens im Transformationsprozess unserer ostdeutschen Gesellschaft**. Sie sind ein Zeichen dafür, wie sich die Kirche in der Gesellschaft und für die Gesellschaft versteht und wie sie ihrem Auftrag gemäß eine **Kirche „für alle“** ist. Ihr vor allem wertbezogener Beitrag in der Gesellschaft und für sie, ist ein originä-

Für das Konzept des evangelischen Religionsunterrichtes in Mecklenburg-Vorpommern ist die allgemeine **Entkirchlichung und Entchristlichung** mit den Folgen einer Wertekonfusion, Wertunsicherheit und eines Wertevakuum ein wesentlicher Ausgangs- und Bezugspunkt. Der evangelische Religionsunterricht will vielen Schülerinnen und Schülern den Weg zur Auseinandersetzung mit den Grundfragen des Lebens und der Welt in der Perspektive des christlichen Glaubens eröffnen. Er gibt ihren Lebens- und Sinnfragen Raum. Sie selber sind Subjekt und Thema. Die Akzeptanz des Faches dort, wo es eingerichtet wird, beträgt etwa 50 bis 60 %, obwohl von 100 Schülerinnen und Schülern höchstens 5 kirchlich sozialisiert sind.

Die Bereitschaft der Kirchen, sich nicht nur an der Neugestaltung der Schule zu beteiligen, sondern selber in die Trägerschaft von Schulen einzutreten, ist Bestandteil ihres Identifizierungsprozesses in der veränderten und sich verändernden staatlichen und gesellschaftlichen Situation. Zunehmend beteiligt sie sich

als die größte, traditionsreichste und die christentumsgeprägte Geschichte repräsentierende Gruppe in der Gesellschaft, wertebewahrend, werteentwickelnd und sinnstiftend am Transformationsprozess.

Reformpädagogik hat christliche Wurzeln

Zweifellos ist die aufbauende Entwicklung evangelischer Schulen ein schwieriger Prozess. Aber an ihm beteiligen sich viele Interessierte und verlässlich Engagierte. Evangelische Schulen werden wegen zunehmender Schulschließungen aufgrund rückläufiger Schülerzahlen keineswegs als **Bereicherung der Schullandschaft** begrüßt, sondern viel stärker als **existenzbedrohliche Konkurrenz** ablehnend kritisch gesehen.

Lehrerinnen und Lehrer an staatlichen Regelschulen werten sie als Ausdruck des Misstrauens ihnen gegenüber, als Skepsis gegenüber ihrer pädagogischen Kompetenz und ihres auch Veränderung anstrebenden Bemühens.

Alle Gründungsinitiativen nahmen schon zu einem frühen Zeitpunkt Kontakte zu den Kommunen und den kommunalen Schulträgern auf, damit die von ihnen gewollten Schulen in die Schulentwicklungsplanung einbezogen werden. Dass sich ohne Einschränkung jede und jeder in den Gründungsprozess einer Schule hineinbegeben und hineingeben konnte und kann, ist bereits ein reformpädagogischer Aspekt. Er erzeugt einen **hohen Identifikationsgrad mit der entstehenden Schule und ihrem Profil**. Diejenigen, die eine Schule für ihre Kinder mit entwickeln, sehen darin ihre Schule. Sie werden wie alle anderen Beteiligten auch nicht aus ihrem Engagement mit dem Gründungsakt oder mit der Übernahme der Trägerschaft durch die Schulstiftung entlassen, sondern bleiben beteiligte Weggefährten beim Aufbau und bei der weiteren Entwicklung.

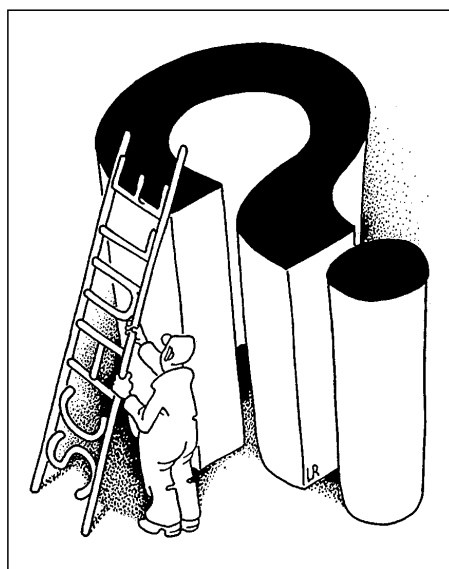
Die Schülerinnen und Schüler sprechen ebenfalls von „ihrer“ Schule. Sie selber erleben sich als Subjekt der dort stattfindenden Lehr- und Lernprozesse. Jeder Schüler und jede Schülerin orientiert sich an einem auf den einzelnen Schüler und die einzelne Schülerin bezogenen Wochenplan. Dieser wird weitgehend selbständig in Arbeit genommen, unterstützt von älteren oder auch jüngeren Schülern und von den Lehrern. So kann jeder Schüler und jede Schülerin Lernfortschritte kontrollieren. Auf diese Weise wird die **Lernmotivation** gestärkt und vermieden, dass sich die Schüler an Leistungsanforderungen zerreiben, denen sie nicht gewachsen

ren werden. Die Evangelische Schulstiftung in Mecklenburg-Vorpommern sieht ihre Aufgabe auch darin, mit den bestehenden Schulen über diese Zusammenhänge bewusst nachzudenken, um verallgemeinerbare Einsichten zu gewinnen und diese programmatisch weiter zu entwickeln.

Die evangelischen Schulen binden an den Lebens-Standort Mecklenburg-Vorpommern

Insgesamt kann auf eine eindruckliche, wenn auch bisher nur kurze Wegstrecke zurückgeschaut werden. Sie ermutigt, den 1996 begonnenen Weg weiter zu gehen, auf ihn aufmerksam zu machen, für ihn Interesse zu wecken und möglichst viele auf ihn einzuladen. Für den Transformationsprozess unserer Gesellschaft sind Schulen in freier Trägerschaft, insbesondere ev. Schulen, eine wichtige Ergänzung. Sie bereichern beispiel- und impulsgebend die Schullandschaft, sind Ausdruck des demokratischen Willens und der demokratischen Kompetenz der sie anregenden, entwickelnden, gründenden und unterstützend begleitenden Menschen. Sie binden Familien an den Lebensstandort Mecklenburg-Vorpommern und beeinflussen die Entscheidung anderer, sich hier zu beheimaten. Sie sind wertvolle Orte, von denen Wirkungen in die Regionen ausgehen und Zeichen für eine Kirche, die eine Vision fürs Land hat, die in der Gesellschaft präsent und den Menschen nahe ist.

Die ev. Schulen in Mecklenburg-Vorpommern erwarten wie alle Schulen in freier Trägerschaft eine vorbehaltlose Akzeptanz und Unterstützung durch die Politik, zu der gehört, dass sie vergleichbar den staatlichen Regelschulen mitfinanziert werden. Sie werben um eine vorbehaltlose Akzeptanz und Unterstützung derer, die den generationenlangen Transformationsprozess unserer Kinder nicht sich selbst oder Zufälligkeiten überlassen, sondern ihn nach den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie mit verantworten wollen. ■



sind. Die Integration behinderteter Kinder und das Miteinander von altersverschiedenen Schülern in Lerngruppen fördert u.a. die **Entwicklung eines differenzierten sozialen Bewusstseins und Verhaltens**. Musisches und Kreatives ergänzen das intellektuelle Spektrum zu einem ganzheitlichen, die Reformpädagogik charakterisierenden Lehren und Lernen.

Die **Reformpädagogik** hat ihre **Wurzeln auch im christlichen Menschenbild**. Sie kommt damit dem pädagogischen Profil einer evangelischen Schule und dem Bemühen entgegen, in allen Lern- und Lebensprozessen der Menschenliebe Gottes Raum zu geben. Das ist ihre Seele, ihr Herzstück. Sie soll Gestalt gewinnen in der Art des Miteinanders von Schülern, Eltern und Lehrern, in dem alltäglichen Schulgeschehen und seiner Reflexion vor diesem Hintergrund.

Was immer in den Schulen und mit ihnen in dieser Perspektive und Orientierung geschieht, muss als miteinander zusammengehörend erlebt und erfah-

Anm.:

Dr. Eckart Schwerin ist Vorsitzender des Vorstandes der Ev. Schulstiftung in Mecklenburg-Vorpommern.

Evangelisches
Leserforum

Jochen Klepper:
Die Flucht der Katharina
von Bora, Stuttgart
(Edition Anker im
Christlichen Verlagshaus
GmbH) 2000, 144 S.,
gebunden, 24,80 DM,
ISBN 3-7675-6941-8

Jochen Klepper zählt zu den wichtigsten protestantischen Dichtern deutscher Sprache des 20. Jahrhunderts – und ist doch beinahe vergessen. Möglicherweise wird in diesem „Preußenjahr“ der eine oder andere noch auf den „Vater“ stoßen: den großen Roman über den preußischen König Friedrich Wilhelm I. Um so verdienstvoller ist es, dass die Edition Anker Auslese im Christlichen Verlagshaus Stuttgart an Klepper erinnert und das Roman-Fragment über Katharina von Bora neu herausgegeben hat.

Jochen Klepper wurde 1903 in Beuthen/Schlesien geboren. Der Sohn eines protestantischen Pfarrers studierte Theologie und arbeitete Ende der 20er Jahre beim evangelischen Pressedienst, vor allem in Breslau. 1931 übersiedelte er nach Berlin, wo er Mitarbeiter der „Funkstunde“ war. Aufgrund seiner „Mischehe“ mit einer jüdi-

schen Frau wurde er 1933 entlassen. Klepper arbeitete dann beim Ullsteinverlag und er war befreundet mit Kurt Ihlenfeld, der um den Eckart-Verlag eine Gruppe christlicher Autoren versammelte. Neben Gedichten (1937 erschien die Sammlung „Du bist als Stern nun aufgegangen“) schrieb Jochen Klepper Kirchenlieder, die sich 1938 nach der Veröffentlichung unter dem Titel „Kyrie“, schnell hoher Wertschätzung erfreuten. Bekannt geworden ist Klepper jedoch als Erzähler. „Der Kahn der fröhlichen Leute“ (1933), ein heiter-volkstümlicher Roman aus dem Leben der Oderschiffer, brachte ersten Ruhm (der Roman wurde 1949 verfilmt).

Klepper entschied sich, wie er in der kleinen Bekenntnisschrift „Der christliche Roman“ (1940) sagte, schriftstellerisch für den historischen Roman, weil im Schicksal geschichtlicher Menschen das Wirken Gottes, des Herren der Geschichte, besser zu erkennen sei. 1937 erschien „Der Vater“. Der Roman, unter beschwerlichen Umständen und laufenden Behinderungen entstanden, ist ein Muster innerer Emigration. Klepper war kein Freund der Weimarer Republik, aber er war ein Gegner des Nationalsozialismus. Er verteidigte christlich-humanistische Positionen, hielt aber an seiner Liebe zum Vaterland fest. Sein Vorbild für eine christliche Gemeinschaft fand er in dem „utopischen Modellstaat“ des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. Der Roman über den Vater Friedrich des Großen erschien 1937. Kurz darauf wurde Klepper aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen. Doch „Der Vater“ wurde ein großer Erfolg. Er erreich-

te noch vor Kriegsende eine Auflage von fast 100.000. Der Autor stellte unter dem Motto: „Könige müssen mehr leiden können als andere Menschen“ das Gottesgnadentum des preußischen Monarchen nicht als Vorrecht dar, sondern als moralisch-menschliche Verpflichtung.

Ein Jahr nach dem Roman erschienen die Textsammlungen: „Der Soldatenkönig und die Stillen im Lande“ und „In tormentis pinxit“. Mit dem Aufsatz „Der göttliche Wert und der menschliche Lobgesang“ (1938) liegt Kleppers künstlerisches Testament vor und seine postum veröffentlichten Tagebücher „Unter dem Schatten deiner Flügel“ (1956) und „Überwindung“ (1958) geben eindringlich Auskunft von seiner schriftstellerischen Existenz im Nationalsozialismus. Klepper war bemüht, protestantische Grundhaltung und friderizianisches Preußentum zu verbinden, er wünschte den Untergang des NS-Regimes, nicht aber den Untergang des Vaterlandes. 1940 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und kämpfte im Osten. Wegen seiner Frau wurde er ein Jahr später als „wehrunwürdig“ aus dem Heer entlassen. Während die ältere Stieftochter 1939 nach England emigriert war, gelang es nicht, die jüngere Tochter der Frau nach Schweden ausreisen zu lassen. In dieser ausweglosen Situation suchte Klepper gemeinsam mit seiner Frau und deren Tochter im Dezember 1942 in Berlin den Freitod. „Wir sterben nun – ach, auch das steht bei Gott –“ lautet der letzte Tagebucheintrag.

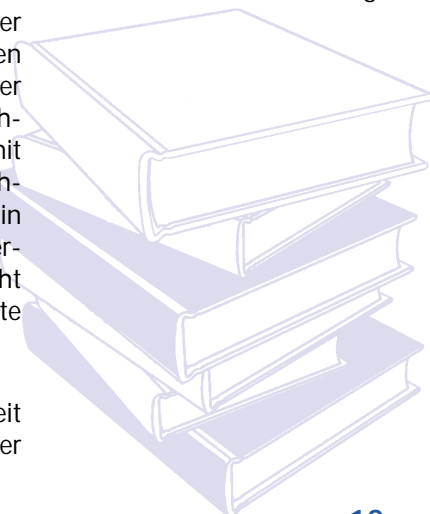
Bereits während der Arbeit am „Vater“ betrieb Klepper

intensive Studien zu einem Luther-Roman. Er sollte „Das Ewige Haus. Roman der Katharina von Bora und ihres Besitzes“ heißen. Ein Kapitel stellte er fertig: „Die Flucht der Katharina von Bora oder die klugen und die törichten Jungfrauen“. Das Fragment wurde 1951 aus dem Nachlaß von seinem früheren Lektor Karl Pagel herausgegeben. Es ist nun erneut mit der schönen Einführung Pagels erschienen. Der 115 Seiten lange Text steht unter dem Bibelspruch „Fürchte dich nicht, glaube nur!“. In archaisierender Sprache wird die Flucht der Katharina von Bora, der späteren Frau Martin Luthers, in der Osternacht 1523 mit acht weiteren Nonnen aus dem sächsischen Kloster Marienthron beschrieben. Katharina schließt sich den Flüchtenden in letzter Minute an, es ist eine Flucht in eine ungewisse Zukunft. Auf der nächtlichen Fahrt von Marienthron nach Torgau im Wagen des Kaufmanns Koppe lauern manche Gefahren. Doch das Wissen um Worte und Taten Martin Luthers gibt ihnen Hoffnung und Kraft.

Vera Lengsfeld

Anm.:

Vera Lengsfeld ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Buch



Elisabeth Schwarzhaupt, Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin. Die Hessische Landesregierung (Hg.), Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2001, ISBN 3-451-20139-9 DM 39,80

Dieses Buch ist ein Beitrag gegen die Geschichtsvergessenheit. Ganz offenbar gibt es in unserer Gesellschaft eine Neigung zum Vergessen, und sie ist besonders ausgeprägt, wenn es um die Leistung von Frauen geht. Diese Publikation trägt dazu bei, unser freiheitliches Geschichtsbewusstsein zu stärken, uns erfahren zu lassen, wie viel Mühsal und Tatkraft notwendig waren, um aus der 1949 beschlossenen Verfassung gelebte gesellschaftliche Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Biografie von Heike Drummer und Jutta Zwilling enthält unter anderem Beiträge von Angela Merkel, Werner Dollinger als Mitstreiter im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU und Kabinettskollegen sowie der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin und FDP-Politikerin Liselotte Funke. Neben

Angela Merkel wird das Leben Elisabeth Schwarzhaupts noch von zahlreichen weiteren CDU-Frauen, z. B. von Renate Hellwig, gewürdigt.

Im ersten Dokument, 1932 unter den Titeln „Die Stellung der Frau im Nationalsozialismus“ und „Was hat die deutsche Frau vom Nationalsozialismus zu erwarten?“ veröffentlicht, wird Elisabeth Schwarzhaupts kluge und leidenschaftliche Ablehnung der NS-Ideologie belegt, die der Frau erst mit der Verheiratung den Status des Staatsbürgers, vorher nur Staatsangehörige, geben will. Sie warnt die Ehefrauen, den Nazis auf den Leim zu gehen.

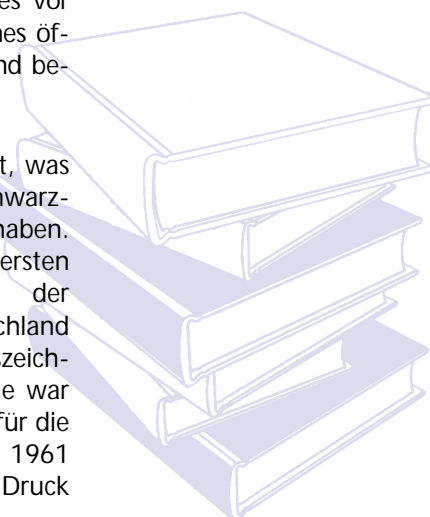
In diesem Buch wird deutlich, dass es in der Weimarer Republik viele warnende Stimmen gab, dass aber diese Warnungen nicht gehört wurden. Es zeigt zugleich, wie groß der Bruch in der persönlichen und beruflichen Lebensplanung für Elisabeth Schwarzhaupt durch die Naziherrschaft war: Ende der Richterlaufbahn, keine Chance im Öffentlichen Dienst, Emigration des jüdischen Verlobten in die Schweiz, wo sie keine Arbeitsmöglichkeit erhielt, dann Auswanderung des Verlobten in die USA, Ende der Beziehung. Frau Schwarzhaupts fast totale private Diskretion hat dies vor Erscheinen dieses Buches öffentlich nie bekannt und bewusst werden lassen.

Die Leserschaft erfährt, was Frauen Elisabeth Schwarzhaupt zu verdanken haben. Ihre Ernennung zur ersten Gesundheitsministerin der Bundesrepublik Deutschland war nicht nur eine Auszeichnung für sie selbst. Sie war gleichzeitig ein Erfolg für die Frauen der CDU, die 1961 durch vehementen Druck

durchsetzten, dass endlich eine Frau zur Ministerin berufen wurde. Sie war eine evangelisch – liberal denkende Frau und öffnete die Partei – wenn auch mit Rückschlägen – für das moderne Eherecht und trat schon in den 50er und 60er Jahren für ein modernes Frauenbild ein.

Unser Gesundheitssystem verdankt ihr entscheidende Weichenstellungen, die teilweise bis heute gültig sind. Besondere Verdienste erlangte Elisabeth Schwarzhaupt im Bereich Umweltpolitik sowie durch ihr Engagement im Rechtsausschuss des Bundestages, in dem sie sich für die Realisierung der Gleichberechtigung von Frau und Mann im Ehe- und Familienrecht einsetzte. Besonders hat es Elisabeth Schwarzhaupt erregt, wenn es um die Stellung der Frau, um Familienrecht, Nicht-Ehelichkeit und Scheidungsrecht ging. Diesem Thema: die Rechte der Frau, nicht als Spezialrecht, nein, als Menschenrecht, und nicht als Contra zum Mann, sondern Partnerschaft, bei der die Männer mindestens so viel gewinnen wie die Frauen, hat Elisabeth Schwarzhaupt in allen Phasen ihres Lebens ihre Kraft zugewendet.

Christiane Herder



Aus unserer Arbeit

■ Die Genomanalyse – ein Weg zum verbesserten Menschen?

„Die Mutter als Reagenzglas, das darf nicht sein“, sagte Prof. Dr. Hans Günther Gassen vom Institut für Biochemie der TU Darmstadt anlässlich der Disputation des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Darmstadt zum Thema „Die Genomanalyse des Menschen – ein Weg zum verbesserten Menschen. Dürfen wir alles, was wir können?“ Prof. Dr. Uwe Gerber vom Institut für Theologie und Sozialethik ging noch weiter: Der Weg zur künstlichen Reproduktion des Menschen sei ethisch nicht verantwortbar. Die Gefahren für das menschliche Leben als solches und das Zusammenleben der Menschen untereinander seien unübersehbar: Der Verlust an Lebenserfahrung, Sexualität und damit Liebe zum anderen, die Flucht aus der Verantwortung für eigenes Handeln gegen sich selbst und gegenüber anderen, der Weg in eine autistische Gesellschaft durch den geklonten, reproduzierten Menschen, das alles sei vorgezeichnet. Prof. Gassen, der zu Beginn die wissenschaftlichen Möglichkeiten erklärt hatte, sprach sich für einen pragmatischen, aber kontrollierten Umgang mit dem Thema aus.

In der unter der Leitung des Stadtverordneten Ludwig Achenbach lebhaft geführten Diskussion spielte die Frage nach dem vom Grundgesetz verbrieften Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) eine zentrale Rolle. Der Vorsitzen-

de des Darmstädter EAK Michael Bergmann hatte eingangs auf die unerträgliche Äußerung des Kulturstaatsministers Prof. Nida-Rümelin hingewiesen, der dem Embryo jegliche Menschenwürde wegen des Fehlens von Selbstachtung abgeschrieben hatte. Dazu passten die Vorstellungen des früheren US-Präsidenten Clinton: „Wir Menschen besiegen jetzt die Krankheit“ oder des estnischen Staatspräsidenten Meri: „Man fühlt sich fast so, als ob man die Zukunft in der Tasche hätte“ zum zweifelhaften Nutzen des Klonens von Menschen. Diesem Gedankenansatz von Nida-Rümelin und Meri widersprachen die Disputanten Gassen und Gerber. Maßgebend sei in all diesen Fragen eine offene, breite und konsensbildende ethische Grundsatzdiskussion. Die zentrale Frage sei: „Wann werde die Würde des Menschen verletzt?“ Und weiter: „Wie viele Grundrechte dürfen wir opfern, um heilen zu können? Gehöre das „Forschen zum Heilen“ nicht doch zu einem unverzichtbaren Moral- und Kulturgut?“

Ludwig Achenbach wies auf diese Gratwanderung hin und machte auf das Politikverständnis der CDU vom christlichen Menschenbild der Einzigartigkeit und Selbstbestimmtheit, aber auch der Fehlbarkeit aufmerksam. Ausgeschlossen seien deshalb das Klonen von Menschen, Eingriffe in die Keimbahnen eines Embryos und das Ausgrenzen von Menschen aus den gesellschaftlichen Bezügen, etwa in der Versicherungswirtschaft oder in der Arbeitswelt mit der Verweigerung von Arbeitsplätzen. Das Forschen an adulten Stammzellen zum Zwecke der Heilung werde von der CDU befürwortet.

■ Das Phänomen des Extremismus

Zu diesem aktuellen Thema konnte der Leipziger EAK-Kreisvorsitzende Hartmut Nischik den sächsischen Staatsminister des Inneren, Klaus Hardraht begrüßen, der die Dominanz rechtsradikaler Aktivitäten darlegte, die sich aus der örtlichen Präsenz der NPD, aber auch kleinerer Gruppen von Republikanern und DVU ableiten ließen. Während die beiden letztgenannten Parteien verfassungskonform erscheinen, proklamiert die NPD die Abschaffung des Grundgesetzes. Dem rechtsradikalen Spektrum Sachsens mit ca. 3000 NPD-Mitgliedern stünde eine linksradikale Szene aus KPD, MLPD und Kommunistischer Plattform gegenüber. Während in diesem Spektrum die „Altmänner“ als Initiatoren nach und nach ausschieden, so der Innenminister, sei die Tatsache eines Durchschnittsalters der NPD-Mitglieder von 35 Jahren alarmierend. Bei der letzten Landtagswahl stimmten 6,5 % der Jungwähler für die NPD. Ein interessanter neuer Aspekt war, dass die gewalttätigen, meist jugendlichen Personen keinesfalls frustrierte Sozialhilfeempfänger sind, sondern zu 84% in fester Anstellung bzw. in Ausbildung stehen.

■ EAK Kreisverband Traunstein

Auf der Jahreshauptversammlung des EAK Kreisverbandes Traunstein stand neben der Wahl der neuen Schatzmeisterin Ina Holzner eine Debatte über das eigene Selbstverständnis auf der Tagesordnung. Die Kreisvorsitzende Annelie Gromoll be-

tonte, dass man sich als Christ nicht aus der Verantwortung heraushehlen könne und dürfe. Sie knüpfte an die Ausführungen des bayrischen Landesbischofs Friedrich an, der auf der Dekanatsynode „Ehrenamt und Amt der Kirche“ in Traunstein, die Taufe als Herausforderung und Aufgabe beschrieb. Wer getauft ist, sei zum Engagement getauft, zum Zeugnis für Christus in die Nachfolge berufen, unterstrich Frau Gromoll. Sie verband dies mit dem Hinweis, dass die Verantwortli-

chen in Politik und Wirtschaft nicht die anderen seien, sondern jeder Einzelne. Wir seien aufgefordert mit unserem Engagement die sozialen Herausforderungen anzunehmen und gemeinsam mit den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden den Einzelnen vor das anonyme Kollektiv zu stellen. Der Einsatz für die Wahrung der christlichen Feiertage und die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in der globalen Internet-Wirtschaft seien praktische Handlungsfelder.

EAK Böblingen Einladung zur Fahrt nach Straßburg und ins Elsass

Der Evangelische Arbeitskreis/Arbeitskreis Christ und Politik im Kreis Böblingen wird vom **25. bis 27. Oktober 2001** eine dreitägige Reise nach Straßburg und ins Elsass unternehmen. Die Preis incl. zweier Übernachtungen in St. Hippolyte wird sich je nach Teilnehmerzahl auf etwa 480 DM belaufen. Genaue Informationen erhalten Sie bei Harald Pfeiffer (Tel. 07159-457872) und Norbert Lurz (Tel. 07031-655555). Anmeldungen **bis 8. Juni (!)** entgegengenommen.

Insgesamt haben bisher 430 Leserinnen und Leser dazu beigetragen, dass die „Evangelische Verantwortung“ weiter existieren kann. Wir bedanken uns herzlich! Die Spendensumme beträgt nunmehr 31.162,32 DM. Die vorerst angestrebte Zahl von 500 Spendern könnte bald erreicht werden. Wir hoffen weiter auf Ihre nötige Unterstützung.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50,
Konto-Nr. 112 100-500
oder
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00,
Konto-Nr. 56267

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmberg, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 22070-432, Fax (030) 22070-436 · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

„Du stellst meine Füße auf weiten Raum.“ Psalm 31,9

Diese Losung des Deutschen Evangelischen Kirchentages kann verschiedene Gefühlswelten ansprechen. Die eine spürt das Element der Freiheit, das sich in diesem Psalmwort ausdrückt. Eine Freiheit, die sich aus dem Wissen speist, dass Gott einen „auf weiten Raum“ gestellt hat. Es gibt scheinbar keine Grenzen für „meine Füße“. Sie können sich in Bewegung setzen, wann und wohin Sie wollen. Keine Richtung, keine Geschwindigkeit, kein Zeitrahmen ist vorgegeben. All das, was wir als eng und klein-kariert erkennen, existiert nicht, vielmehr ist es überwunden und zurückgelassen.

Jeder, der den weiten Raum als Chance begreift, sieht sich stauend in ihm um und will ihn kennen lernen. Er ist Gestaltungsraum, freier Raum zur Gestaltung, von Gott dem Menschen zuge-dacht und für ihn bereitgestellt.

Aber, indem der weite Raum auf diese Weise beschrieben wird, meldet sich die andere Gefühlswelt zu Wort. Grenzenlose Freiheit? Glückstraum oder Alptraum? In welche Richtung soll ich in diesem Raum meine Füße lenken? Wann soll ich losgehen? Werde ich mir diesen Raum einrichten können, oder bleibe ich fremd?

Dies sind die Gedanken der Unsicherheit und der Angst! Wir kennen sie, wenn sich ein Raum einem in aller Weite eröffnet. Doch weder die Angst noch die Euphorie sind der richtige Schlüssel für dieses Psalmwort, vielmehr darf es die Gewissheit sein, dass ich von Gott an einen Ort gestellt worden bin in diesem Raum, an und in dem ich handeln und leben kann. Dieser Gott, der meine Füße auf weiten Raum gestellt hat, wird mich auf meinem Weg in diesem weiten Raum begleiten.

Felmberg



29. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Frankfurt/Main 13.-17. Juni 2001

Unsere Autoren:

Landesbischof
Roland Hoffmann
Dr.-Moritz-Mitzenheim-Straße 2a
99802 Eisenach

Prof. Dr. Otto Strecker
Initiative e.V.
Ubiestraße 78
53173 Bonn

Altbischof
Dr. Martin Kruse
Prinz-Friedrich-Leopold-Str. 14
14129 Berlin

Oberkirchenratspräsident
Dr. Eckart Schwerin
Münzstraße 8
19055 Schwerin

Vera Lengsfeld, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin